

Bundesbern verneigt sich vor den Brüsseler Vögten

Ein neues Gesetz soll erlauben, Plattformen zu sperren

von Michael Straumann*



Michael Straumann.
(Bild zvg)

Rund die Hälfte der Schweizer hat den klassischen Medien den Rücken gekehrt. Das zeigt das neue Jahrbuch Qualität der Medien der Universität Zürich: 46 Prozent gelten inzwischen als «News-Deprivierte» – Menschen, die kaum Nachrichten nutzen und, wenn überhaupt, nur über Social Media.¹ Ein

historischer Höchststand.

Neu ist diese Entwicklung nicht. Seit Jahren schrumpft das Vertrauen in die etablierten Medien. Für neu aufkeimende Medien, die eine Lücke im Markt sehen, öffnet sich damit ein Fenster. Für die Altmedien selbst – und erst recht für die «Classe politique», die sie als bevorzugte Bühne nutzt – wirkt der Trend dagegen alarmierend. Die Deutungshoheit des politisch-medialen Komplexes erodiert in der Schweiz, wenn auch langsam.

Statt sich selbstkritisch zu fragen, warum das Vertrauen seit Jahren bröckelt, weisen Altmedien und Politik hierzulande die Verantwortung gerne von sich. Mal sind es die Russen oder die Chinesen, mal die unregulierten sozialen Medien mit ihren intransparenten Algorithmen. Das Schlagwort lautet dann: Desinformation, Missinformation.

Fake News verbreiten immer «die Anderen»

Im Juni 2024 veröffentlichte der Bund einen Bericht mit dem Titel «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation»,² in dem vor den Gefahren vermeintlicher Falschnachrichten gewarnt wird. Und jüngst erklärte Albert Rösti – SVP-Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) – bei einem Auftritt im Verkehrshaus in

Luzern, dass «Desinformation ein Verbrechen» sei.³

Wenn dem wirklich so ist, müsste konsequenterweise Alain Berset, ehemaliger Vorsteher des Gesundheitsdepartements, für seine Falschaussagen in der Corona-Zeit strafrechtlich belangt werden – etwa für seinen Auftritt in der Fernsehsendung «Arena» vom 5. November 2021, als er fälschlicherweise behauptete, das Covid-Zertifikat zeige, «dass man nicht ansteckend ist».⁴ Doch dazu wird es nicht kommen. Im Gegenteil: Berset mauserte sich zum Generalsekretär des Europarats⁵ und erhielt kürzlich von der Universität Freiburg sogar einen Ehrendokortitel.⁶

Fake News verbreiten immer «die Anderen». Telegram-Gründer Pavel Durov formulierte es einmal deutlich:⁷ Begriffe wie «Missinformation» und «Desinformation» dienen als «Codewörter für Zensur», um unliebsame Stimmen auszuschalten. In diesem Licht wirkt auch der jüngste Vorstoss des Bundesrats, ein neues Gesetz zur Regulierung der sozialen Medien und der Suchmaschinen einzuführen.

Chronik eines angekündigten Gesetzes

Das geplante «Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen»⁸ soll laut Bundesrat «die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer im digitalen Raum stärken und sehr grosse Plattformen zu mehr Fairness und Transparenz verpflichten». Der *Digital Services Act*⁹ der EU stand dabei Pate. Dieser verpflichtet Internet-Plattformen seit August 2023, neben illegalen Inhalten auch gegen «Desinformation» und «Hassrede» vorzugehen – Begriffe, die weit gefasst sind und entsprechend grossen Spielraum für das Löschen von politisch unliebsamen Meinungen lassen.

Die Schweiz bewegt sich nun in eine ähnliche Richtung, wenn auch in abgeschwächter Form. Das Muster ist altbekannt: Man orientiert sich am Ausland – zeitversetzt und entschärft, aber im Kern nach demselben Modell. Den Ausgangspunkt der Debatte setzte Jon Pult, SP-Nationalrat aus dem Kanton Graubünden. Er reichte im November 2021 eine parlamentarische Initiative

* Michael Straumann, Jahrgang 1998, studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Zürich und arbeitet als redaktioneller Praktikant für die Zeitschrift «Schweizer Monat». Er ist der Herausgeber von «StrauMedia».

ein,¹⁰ zu Hochzeiten von Corona. Bereits damals lautete die Forderung: «Hassrede» und «Desinformation» müssten konsequent bekämpft werden.

Im Dezember 2022 folgte ein «Joint Statement zur Plattformregulierung»,¹¹ verfasst von *AlgorithmWatch*, der *Digitalen Gesellschaft* und der *Stiftung Mercator Schweiz*. Das Papier plädierte für die Übernahme zentraler Elemente des *Digital Services Act* und stellte den Kampf gegen Hassrede und Desinformation ins Zentrum. Innerhalb mehrerer beteiligter Organisationen stiess dies jedoch auf Widerstand. Die *Piratenpartei* und der *Chaos Computer Club* warnten in einer eigenen Stellungnahme,¹² der Staat dürfe nicht zur Wahrheitsinstanz werden – andernfalls werde der Zensur Tür und Tor geöffnet.

Im Februar 2023 wurde Pulis parlamentarischer Vorstoss in der zuständigen Kommission abgelehnt¹³ – nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Drucks von Organisationen wie dem *Chaos Computer Club*, der *Piratenpartei* und der *Internet Society*.

Im Januar 2025 meldete sich die *Eidgenössische Medienkommission* (EMEK) zu Wort.¹⁴ Diese ausserparlamentarische Bundeskommission, in der mehrere Mitglieder enge Verbindungen zur einflussreichen *Mercator-Stiftung* haben (darunter *Angela Müller* von *AlgorithmWatch*¹⁵), knüpfte inhaltlich direkt an das Joint Statement von 2022 an und forderte den Bund auf, die Regulierung zügig voranzutreiben.

Trotz dieses Drucks liess der Bundesrat mit seinem Vorentwurf ungewöhnlich lange auf sich warten.¹⁶ Vermutlich spielte dabei auch die internationale Lage eine Rolle: So bezeichnete US-Präsident *Donald Trump* Massnahmen, die gegen Plattformen wie *X* oder *Meta* erlassen werden, als Diskriminierung gegenüber US-Unternehmen. Der Bundesrat wollte womöglich keine schlafenden Hunde wecken. Ende Oktober folgte dann der Schritt: Die Schweizer Landesregierung präsentierte ihren Entwurf und eröffnete den Vernehmlassungsprozess.

Behörden könnten Plattformen künftig auch ohne Gerichtsentscheid sperren

Das Gesetz soll nur für jene Plattformen gelten, die von mindestens zehn Prozent der Bevölkerung mindestens einmal im Monat genutzt werden. Damit wären *YouTube*, *WhatsApp*, *LinkedIn*, *Instagram*, *Facebook*, *Snapchat*, *Pinterest*, *TikTok* und diverse Messenger-Dienste erfasst. Bei den Suchmaschinen dürfte vor allem Google betroffen sein.

Artikel 4 des Entwurfs sieht ein Meldeverfahren vor. Die meisten grossen Plattformen verfügen bereits über entsprechende Funktionen; grundlegend neu ist das Instrument daher nicht. Auf *X* lassen sich Inhalte heute schon melden – je nach eingestelltem Standort sogar mit unterschiedlichen Meldekategorien.

Inhaltlich zielt das Meldeverfahren auf Verstösse gegen das Schweizer Strafrecht: Gewaltdarstellungen, üble Nachrede, Verleumdung, Beschimpfung, Drohungen, Tötungsaufrufe, sexuelle Belästigung, öffentliche Aufrufe zu Verbrechen oder Gewalt sowie diskriminierende oder Hass schürende Aussagen nach Artikel 261 des StGB. Wie weit inzwischen Verstösse gegen Hassrede ausgelegt werden, zeigt ein aktueller Fall: Ein Handwerker aus Bern muss für zehn Tage ins Gefängnis,¹⁷ weil er es wagte zu sagen, es gebe biologische Unterschiede zwischen Mann und Frau.

Brisant wird der Entwurf dort, wo er sehr weite Kriterien einführt. Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe c spricht von «negativen Folgen für die öffentliche Meinungsbildung». Was soll das konkret bedeuten? Politische Parolen? Polemische Posts? Staatlich unliebsame Meinungen? Ebenso vage bleiben Formulierungen wie «negative Folgen für Wahl- und Abstimmungsprozesse», «für die öffentliche Sicherheit» oder «für die öffentliche Gesundheit». Der Interpretationsspielraum ist beträchtlich – und damit auch das Potenzial für Missbrauch.

Noch heikler ist die geplante aussergerichtliche Streitbeilegung. Während heute Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte zuständig sind, könnte künftig ein einziger Klick auf den Meldebutton genügen, damit ein Beitrag ohne richterliche Prüfung verschwindet. Zwar ist ein Beschwerdeverfahren vorgesehen, doch der ordentliche Rechtsweg würde damit faktisch ausgehebelt. Die Delikte würden nicht mehr juristisch abgeklärt – sondern einfach gelöscht.

Auch bei den Sanktionen orientiert sich der Entwurf eng am *Digital Services Act* der EU. Das *Bundesamt für Kommunikation* (BAKOM) soll hohe Bussen verhängen können, ohne dass zuvor ein Gericht entscheidet. Unternehmen könnten erst im Nachhinein das Bundesverwaltungsgericht anrufen. Die Strafrahmen sind erheblich: bis zu sechs Prozent des weltweiten Jahresumsatzes, weitere Bussen von bis zu einem Prozent – was den gesamten Jahresgewinn übersteigen kann – sowie bis zu zehn Prozent bei Verstössen gegen die Auskunftspflicht. Selbst die Weigerung, bestimmten zivilgesellschaftlichen Organi-

sationen Datenzugang zu gewähren, kann bestraft werden.

Am weitesten reichen die Befugnisse des BAKOM bei den Netzsperrern. Die Behörde kann Verwaltungsmassnahmen ohne Gerichtsbeschluss verhängen. Besonders brisant ist Artikel 32 Absatz 2: Das BAKOM kann Fernmeldedienstanbieter anweisen, den Zugang zu einer Plattform einzuschränken, wenn Massnahmen unwirksam sind oder «Grund zur Annahme» besteht, dass sie es sein könnten.

Das bedeutet konkret: Das BAKOM könnte Plattformen wie X, Telegram, Facebook oder YouTube für Schweizer Nutzer blockieren lassen. Technisch liessen sich solche Sperren zwar per VPN umgehen, doch sie blieben Netzsperrern – ein Instrument, das man sonst vor allem aus autoritären Staaten kennt. Hinzu kommt, dass nicht ein Gericht hierbei entscheidet, sondern eine Bundesbehörde. Das BAKOM könnte eigenmächtig bestimmen, dass eine Plattform die Vorgaben nicht erfüllt – und die Sperre anordnen. Schweizer Internetprovider wie die Swisscom müssten sie umsetzen. Artikel 33 begrenzt solche Sperren zwar auf 30 Tage, doch sie können verlängert werden, was faktisch zu längerfristigen Blockaden führen kann.

Verschärfungen drohen

Die jahrelange Arbeit jener Organisationen, die eng mit der Stiftung Mercator verflochten sind, zeigt Wirkung: Der Bundesrat hat zentrale Elemente ihrer Forderungen übernommen. Ganz so weit, wie manche von ihnen wollten, geht der Entwurf zwar nicht – doch ein Punkt fällt ins Auge: Regelungen zur Bekämpfung von «Desinformation» fehlen.

Ob das so bleibt, ist fraglich. Im Vernehmlassungsprozess dürften SP, Grüne und FDP auf Verschärfungen drängen. Die Grünen monierten in einer Medienmitteilung bereits,¹⁸ der Entwurf enthalte keinerlei Massnahmen gegen «Desinformationskampagnen». Es ist daher gut möglich, dass die Vorlage am Ende weniger einem «Digital Services Act Light» ähnelt – und deutlich näher an das Original rückt.

Schon der Umstand, dass das Gesetz eine Bundesbehörde dazu ermächtigt, im Ernstfall ganze Plattformen zu sperren, zeigt, wie weitreichend die Befugnisse wären – und welchen au-

toritären Charakter einzelne Elemente der Gesetzesvorlage besitzen. Von einem Zensurgesetz zu sprechen, ist daher nicht übertrieben. Klar ist: Dieses Gesetz würde den öffentlichen Debattenraum, der in der Schweiz seit Jahren schrumpft, weiter verengen. Der Vernehmlassungsprozess läuft noch bis zum 16. Februar 2026. Wie weit die Politik am Ende gehen wird, bleibt abzuwarten.

Quelle: <https://www.straumedia.ch/p/sowjetisierung-der-debatte>, 18. November 2025.

Dieser Beitrag erschien auch als Kolumne auf dem Portal der «Freien Akademie für Medien & Journalismus», herausgegeben von Medienwissenschaftler Prof. Michael Meyen und Diplomjournalistin Antje Meyen.

¹ https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:45cd9fc3-5be2-4ef0-8bec-bdf427d1a51b/JB_2025_Gesamtpublikation_final.pdf

² <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=101494>

³ <https://www.blick.ch/politik/roesti-und-wille-im-verkehrs-haus-desinformation-ist-ein-verbrechen-id21319908.html>

⁴ <https://schweizermonat.ch/verbale-entgleisungen-und-falschaussagen>

⁵ <https://www.coe.int/de/web/portal/-/alain-beret-new-secretary-general>

⁶ <https://www.swissinfo.ch/ger/universit%C3%A4t-freiburg-verleiht-alain-beret-ehrendoktorw%C3%BCrde/90338636>

⁷ <https://x.com/durov/status/1976577486692753837>

⁸ <https://www.news.admin.ch/de/newnsb/6TmEAde4htulaWG9CWYtK>

⁹ <https://apollo-news.net/ab-freitag-greift-das-neue-zensurgesetz-der-eu-irrefuehrende-beitraege-sollen-umgehend-geloescht-werden>

¹⁰ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20210532>

¹¹ <https://www.digitale-gesellschaft.ch/2022/12/01/joint-statement-zur-plattformregulierung-stellungnahme-und-debatte>

¹² <https://www.piratenpartei.ch/2022/12/02/distanzierung-vom-positionspapier-plattformregulierung-in-der-schweiz>

¹³ <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-rkn-2023-02-03.aspx>

¹⁴ <https://www.emek.admin.ch/de/markt-und-meinungsmacht-von-plattformen>

¹⁵ <https://algorithmwatch.ch/de/foerderpartnerschaft-stiftung-mercator-schweiz>

¹⁶ <https://www.nzz.ch/schweiz/der-bund-will-x-facebook-und-co-regulieren-doch-das-projekt-stockt-ld.1858394>

¹⁷ <https://insideparadeplatz.ch/2025/09/22/berner-kommentiert-auf-facebook-schon-hagelts-klagen>

¹⁸ <https://gruene.ch/medienmitteilungen/plattformregulierung-demokratie-muss-vor-tech-oligarchen-geschuetzt-werden>